

II-4786 in Betreff der stenographischen Protokolle
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

2102 IAB

1992 -02- 07

zu 2143 IJ

Wien, am 6. Februar 1992
GZ.: 10.101/620-X/A/1a/91

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2143/J betreffend die Zukunft der Straßensondergesellschaften, welche die Abgeordneten DDr. Niederwieser, Dr. Müller, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen am 12. Dezember 1991 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Wieviele Arbeitnehmer in welchen Straßensondergesellschaften sind von einer Neuregelung betroffen?

Antwort:

Die Straßengesellschaften beschäftigen zur Zeit ca. 710 Arbeitnehmer.


Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Punkt 2 der Anfrage:

Wieviele Arbeitnehmer in Bundes- und Landesstellen (einschließlich BM für wirtschaftliche Angelegenheiten) sind von der geplanten Neuregelung betroffen?

Antwort:

Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht eine Zusammenlegung der 6 bestehenden Straßengesellschaften in eine Gesellschaft vor. Die Arbeitnehmer in Bundes- und Landesstellen sind durch diesen Gesetzesentwurf nicht unmittelbar betroffen.

Punkt 3 der Anfrage:

Sind Personalreduktionen und Versetzungen an andere Dienstorte geplant? Wenn ja, in welchem Ausmaß?

Antwort:

Nach Schaffung notwendiger gesetzlicher Grundlagen wird es Aufgabe der Geschäftsführung der zu schaffenden Bund-Länder-Gesellschaft sein, ein Unternehmenskonzept und ein Erhaltungskonzept zu entwickeln.

Punkt 4 und 5 der Anfrage:

Welcher Aufwand für die "Durchführung der Erhaltung" war in den Straßensondergesellschaften bisher jährlich nötig und welche Einsparungen durch die "Übertragung an Private" erwarten Sie?

Soll auch der Winterdienst an Private übertragen werden? Wenn ja, welche Personalreduktionen planen Sie und welche Einsparungen erwarten Sie daraus?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Antwort:

Bisher waren jährlich rund ÖS 780 Millionen Erhaltungsaufwand in den Straßensondergesellschaften notwendig. Da diese Fragen noch in Verhandlung stehen und die gesetzlichen Voraussetzungen noch nicht geschaffen wurden, ist eine Antwort verfrüht.

Punkt 6 bis 9 der Anfrage:

Auf welchen Studien, Berechnungen etc. beruhen allfällige, in den Antworten auf die Fragen 1 - 5 genannte Einsparungen?

Sind Sie bereit, diese Studien den Parlamentsparteien zur Verfügung zu stellen?

Wenn ja, bis wann?

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Diesbezügliche Studien wurden von mir nicht in Auftrag gegeben, da dies Aufgabe der Geschäftsführung der künftigen Autobahnen- und Schnellstraßen Gesellschaft sein wird.

Abschätzungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten haben ergeben, daß jedenfalls mit deutlichen Einsparungen im Verwaltungsbereich zu rechnen ist.

Punkt 10 der Anfrage:

Werden bestehende Betriebsvereinbarungen in eine neue Gesellschaft übernommen?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 4 -

Antwort:

Bestehende Betriebsvereinbarungen werden unter Beachtung der Rechtslage übernommen werden. Im übrigen ist auf die Prüfungsgrundsätze des Rechnungshofes, die auch für die ausgegliederte Verwaltung die Anwendung der Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit vorsehen, Bedacht zu nehmen.

Punkt 11 bis 13 der Anfrage:

Finden in Ihrem Ressort bereits Gespräche über einen einheitlichen Kollektivvertrag statt?

Wenn ja, was sind die bisherigen Ergebnisse?

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Eine Zuständigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten für entsprechende Kollektivvertragsverhandlungen ist nicht gegeben. Ich habe aber veranlaßt, daß von den Vorständen der 6 Straßensondergesellschaften ein Verhandlungsgremium gebildet wird. Eine erste Verhandlungsrunde fand noch im Jänner 1992 statt.

Punkt 14 bis 16 der Anfrage:

Sind Sie grundsätzlich dafür, einen solchen Kollektivvertrag abzuschließen?

Wenn ja, bis wann?

Wenn nein, warum nicht?

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 5 -

Antwort:

Der Abschluß eines Kollektivvertrages ist durchaus möglich. Ein Zeitplan hängt vom Verhandlungsfortschritt ab und kann nach der ersten Sitzung noch nicht abgeschätzt werden.

Punkt 17 und 18 der Anfrage:

Wurden die Betriebskörperschaften über die geplanten Veränderungen bereits informiert?

Wenn ja, in welcher Form?

Antwort:

Der in Rede stehende Entwurf einer Gesetzesvorlage betreffend die Zusammenlegung der Straßengesellschaften wird zur Zeit beraten. Eine endgültig abgestimmte Fassung liegt noch nicht vor.

Punkt 19 der Anfrage:

Welche Veränderungen hinsichtlich der Betriebsratskörperschaften ergeben sich durch die künftige Form der neuen Österreichischen Bundesstraßen AG?

Antwort:

Diese Frage ist erst nach Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zu beantworten.

Punkt 20 bis 23 der Anfrage:

Wo soll sich der Sitz dieser neuen Gesellschaft befinden?

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 6 -

Sollte dieser in Wien sein, welche ökonomischen Vorteile sprechen dafür, den Sitz dieser Gesellschaft in die Bundeshauptstadt zu verlegen und worauf stützen sich allfällige Annahmen über solche Vorteile?

Welcher Steuerentfall würde sich für die bisherigen Sitzorte der einzelnen Gesellschaften ergeben, sollte der Sitz dieser neuen Gesellschaft in Wien sein?

Sollte ein Steuerentfall entstehen, ist ein Ausgleich dafür vorgesehen?

Antwort:

Das Gesetz ist - wie mehrfach erwähnt - erst in Verhandlung. Der derzeitige Entwurf sieht Salzburg als Sitz der Gesellschaft vor.

Punkt 24 der Anfrage:

Dem Vernehmen nach soll für die künftige Gesellschaft ein Mindestanteil des Bundes von 51 % und ein Maximalanteil der Bundesländer von 49 % vorgesehen sein. Ist dies richtig und wenn ja, aus welchen Grundsätzen unserer Bundesverfassung leitet sich dies ab?

Antwort:

Über alle diese Fragen laufen derzeit noch Gespräche. Es ist aber vorgesehen, daß der Bund in der neuen Bund-Länder-Gesellschaft seine Anteile deutlich - auf bis zu 51 % - reduziert.

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 7 -

Punkt 25 der Anfrage:

In welcher Form wird eine Abstimmung zwischen den verkehrspolitischen Zielsetzungen des Bundes und der Bundesländer (Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Schiene, etc.) und den Organen der Bundesstraßen-AG erfolgen?

Antwort:

Verkehrspolitische Zielsetzungen fallen in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Punkt 26 der Anfrage:

In welcher Form ist eine Einflußnahme der Bundesländer, durch welche die Mautstraßen der bisherigen Gesellschaften führen, auf die künftige Mautgestaltung vorgesehen?

Antwort:

Gespräche laufen. Beabsichtigt ist eine Einbindung der Länder.

Punkt 27 der Anfrage:

Wann werden Sie die Ihnen bekannten Mautwünsche des Tiroler Landtages für die Brennerautobahn umsetzen?

Antwort:

Sämtliche Veränderungen, zuletzt am 1.1.1992 - insbesondere beim Schwerverkehr - gehen in die Richtung der Forderungen des Tiroler Landtages.

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 8 -

Punkt 28 und 29 der Anfrage:

Werden Sie dafür eintreten, daß bestimmte Teile der Mauteinnahmen zur Finanzierung von Umweltschutzinvestitionen (z.B. auch gegen Bahnlärm) in den betroffenen Bundesländern verbleiben?

Werden Sie dafür eintreten, daß Mautvergünstigungen für Anrainer vorgesehen werden?

Antwort:

Seit Mitte 1989 wurden öS 300 Millionen jährlich an ÖKO-Mautmitteln für Umweltinvestitionen verwendet. In der ASFINAG-Gesetz-Novelle 1991 wurde die Möglichkeit geschaffen, 1 % der Mauteinnahmen für die Hebung der Lebensqualität an Transitstrecken zur Verfügung zu stellen.

Punkt 30 der Anfrage:

Wie soll der künftige Aufsichtsrat der Bundesstraßen-AG zusammengesetzt sein (Zahl der AR Mitglieder, AR-Vorsitzender aus dem Kreis der Bundes- oder der Ländervertreter)?

Antwort:

Die diesbezüglichen Regelungen werden in einem mit den beteiligten Ländern abzuschließenden Syndikatsvertrag zu treffen sein.

Punkt 31 der Anfrage:

Welche konkreten Straßen sollen auf die neue Bundesstraßen-AG übertragen werden?

~~Republik Österreich~~Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 9 -

Antwort:

Der zur Diskussion stehende Gesetzesentwurf sieht die Zusammenlegung der bestehenden Sondergesellschaften mit den diesen übertragenen Straßenzügen vor.

Punkt 32 der Anfrage:

Welche neuen Aufgaben insgesamt soll diese Gesellschaft wahrnehmen?

Antwort:

Die Aufgaben der neuen Gesellschaft werden zunächst mit denen der früheren Gesellschaften übereinstimmen. Für die Setzung neuer Schwerpunkte wird von der neuen Gesellschaft ein Unternehmens-, Erhaltungs- und Mautkonzept zu erarbeiten und umzusetzen sein.

Punkt 33 der Anfrage:

Bund und Bundesländer sollen ihre bisherigen Anteile an den Straßensondergesellschaften ASTAG, ASAG, BAAG, PAAG, TAAG und WBAG in die neue Gesellschaft einbringen. Können noch weitere Aktionäre aufgenommen werden und ist ein späterer Schritt an die Börse geplant?

Antwort:

Die Autobahnen- und Schnellstraßen AG wird, wie die derzeit bestehenden Straßensondergesellschaften, eine Aktiengesellschaft sein, deren Unternehmenszweck mit Bundesgesetz festgelegt ist bzw. wird und für deren Kredite der Bund die volle Haftung trägt.

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 10 -

Außerdem wird es notwendig sein, daß die Aktiengesellschaft allgemeine verkehrspolitische und übergreifende Interessen beachtet.

Punkt 34 und 35 der Anfrage:

Wird das Aktiengesetz auf die neue Gesellschaft voll anwendbar sein?

Wenn nein, von welchen Teilen des Aktiengesetzes soll die neue Gesellschaft ausgenommen werden?

Antwort:

Die Frage ist erst nach Abschluß der Verhandlungen beantwortbar.

Punkt 36 der Anfrage:

Halten Sie die Führung einer Aktiengesellschaft nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen mit der gleichzeitigen Wahrung öffentlicher Interessen (z.B. verkehrslenkende Maßnahmen durch Mautpolitik, Umweltschutz) für vereinbar?

Antwort:

Ja.

Punkt 37 und 38 der Anfrage:

Werden Sie als Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten ein Weisungsrecht gegenüber der neuen Gesellschaft beanspruchen?

Wenn ja, werden Sie sich bei Ausübung dieses Weisungsrechtes primär den öffentlichen Interessen oder den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen verpflichtet fühlen?

~~Republik Österreich~~

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 11 -

Antwort:

Nein.

Punkt 39 der Anfrage:

Welche künftige Mautstrecken planen Sie?

Antwort:

Ein entsprechendes Mautkonzept wird durch die neue Gesellschaft zu erstellen sein.

Punkt 40 der Anfrage:

Welche Straßenbauprojekte soll die neue Bundesstraßen-AG in welchem Bundesland in den nächsten Jahren bis 1995 in Angriff nehmen bzw. fertigstellen?

Antwort:

Hauptziel ist die möglichst rasche Fertigstellung des im Bundesstraßengesetz derzeit definierten Autobahn- und Schnellstraßennetzes.

Punkt 41 der Anfrage:

Worin liegt insgesamt das bei einer Neuregelung erwartete "bedeutende Einsparungspotential"?

Antwort:

Die durch die angestrebte Organisationsänderung wesentlich gestraffte Struktur des österreichischen Straßenbaues ergibt die Möglichkeit besserer Kontrolle von innen und von außen. Die im

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 12 -

zunehmenden Maße verkehrsträgerübergreifenden Probleme der Verkehrspolitik erfordern effiziente Verwaltungsstrukturen, die eine rasche Abstimmung ermöglichen.

Das Einsparungspotential ist daher sowohl in der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Verwaltungsapparates in qualitativer Hinsicht wie auch durch die Konzentration vor allem grundlegender Arbeiten an einer Stelle mit dem daraus resultierenden personellen Einsparungen gegeben.

